

Tödliche Sparmaßnahmen

13.11.2012

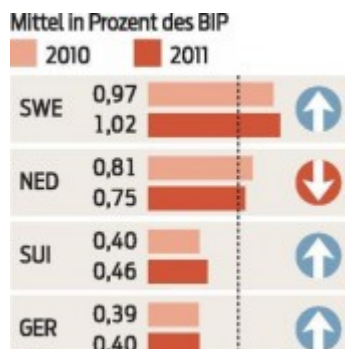
von **Johannes Huber**



Außenminister Michael Spindelegger 2009 beim Besuch eines Entwicklungshilfeprojektes in Uganda. Foto: DAPD

Bundesregierung kürzt Entwicklungshilfe. Kritik zeigt nun erste Wirkung.

Wien. (VN-joh) Als Vertreter von Entwicklungshilfe-Organisationen am Montag vor dem Parlament heiße Würstchen verteilten, griffen nur Grünen-Abgeordnete und eine Sozialdemokratin zu. Vertreter der anderen Parteien waren nicht erschienen. Dabei ist das Anliegen der Aktivisten brisant: Niemandem könne es „wurst“ sein, dass Österreich bei der Entwicklungshilfe international zu den Schlusslichtern zähle und nun auch noch weitere Kürzungen plane.



Auch eine Schulklasse aus Perg (OÖ) hat sich des Themas angenommen und eine Petition gestartet: Österreich solle seine Hilfe auf 0,7 Prozent des BIP erhöhen, praktisch also verdoppeln. Zu den 0,7 Prozent hat sich die Republik bereits 1970 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen verpflichtet.

In den vergangenen Jahren wurde das Entwicklungshilfebudget kontinuierlich gekürzt. 2012 stehen 69 Millionen Euro für konkrete Projekte wie Brunnen- und Schulbauten zur

Verfügung. Aufgrund der massiven Kritik hat Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) nun zumindest dafür gesorgt, dass die Mittel 2013 nicht weiter sinken. Doch für 2014 droht ein Absturz auf nur noch 53 Millionen Euro.

„Mit dem Geld, das über die Jahre eingespart wird, könnte man die Ernährung von 900.000 Menschen sichern und 3000 Kinder vor dem Hungertod bewahren“, sagt Caritas-Generalsekretär Bernd Wachter: „Wir fordern daher nicht nur eine Kürzungspause im kommenden Jahr, sondern einen echten Kürzungsstopp.“ Eines von vielen Argumenten dafür laute: „Hilfe vor Ort kann dazu beitragen, dass der eine oder andere Fluchtmoment wegfällt“, so Wachter in Anspielung auf die Asyldebatte.

Außenminister Spindelegger scheint das nicht kalt zu lassen: „Im April wird das Bundesfinanzrahmengesetz für die Jahre 2014 bis 2017 beschlossen. Dabei werden wir dafür eintreten, dass die Entwicklungshilfemittel nicht gekürzt werden bzw. dass sie erhöht werden“, so ein Sprecher des Ressortchefs. Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) bremst allerdings. In einem Schreiben an die Schüler aus Oberösterreich lässt sie wissen, dass aufgrund des „notwendigen Sparkurses“ bis 2014 „bedauerlicherweise“ nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten, um auf einen BIP-Anteil von 0,7 Prozent zu kommen.